

Der Volksstaat

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 A. Debel, Petersstraße 18,
 F. Thiele, Emilienstraße 2.

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Abonnementspreis:
 Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Rgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Rgr. per Quartal.
 Filial-Expedition für die Vereinigten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Von verschiedenen Seiten her gehen uns Beschwerden über nachlässige Beförderung des „Volksstaat“ durch die Postbehörden zu. Theilweise sind die Umstände derart, daß wir an böse Absicht zu glauben gezwungen sind. Aus Meerane (Sachsen) schreibt man uns z. B.:

Ich muß mich einmal an Sie wenden, um wenigstens zu erfahren, an wem die Schuld liegt; das letzte Vierteljahr bin ich sehr schlecht von hiesiger Post bedient worden; ich bekomme meinen „Volksstaat“ bald zu spät, bald gar nicht. Im letzten Vierteljahr fehlten mir 3 Nummern, und auch im neuen Quartal fehlt wieder Nummer 3; diese ist wahrscheinlich verschwunden wegen des Meeraner Fabrikanten-Spiegels. Es heißt allemal auf hiesiger Post, ich bekäme das Blatt nach, Sie hätten zu wenig geschickt. Ein- und zweimal läßt man sich's wohl gefallen; aber so ist es mir doch zu arg geworden, ich habe immer noch mehrermale nachträglich reklamirt, allein ich erhielt allemal die kurze Antwort: „Es ist kein „Volksstaat“ da für Sie“. Nun, was läßt sich da weiter machen?

Fürchtegott Raumann,
 Annenstraße 1097, Meerane.

Wir werden die heutige Nummer unseres Blattes der Generalpostdirektion in Berlin zusenden, damit sie den betreffenden Postbeamten zur Rede stellt und zur Erfüllung seiner Pflicht anhält. Dasselbe werden wir mit allen derartigen Beschwerden thun. Die Schuld der mangelhaften Anshändigung des Blattes liegt niemals an unserer Expedition, und kann nicht an ihr liegen, weil sie bloß die von der Leipziger Post, bei der alle Postbestellungen zusammenlaufen, verlangten Exemplare zu liefern hat, und es Sache der einzelnen Postbehörden ist, die von Leipzig erhaltenen Exemplare den lokalen Abonnenten zukommen zu lassen. Wenn Postbehörden die Schuld schlechter Beförderung auf unsere Expedition schieben, so ist dies schon an sich ein Beweis bösen Willens, denn jedem Postbeamten muß bekannt sein, daß dies bei der Organisation des Postwesens eine Unmöglichkeit ist. Wir bitten unsere Parteigenossen aller Orten, den lokalen Postbehörden scharf auf die Finger zu sehn, und uns von jeder Unregelmäßigkeit sofort in Kenntniß zu setzen.

Parteigenossen!

Mit dem 1. Januar begann ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Obgleich wir mit den bisherigen Resultaten zufrieden sein können, so muß doch mehr für das Parteiorgan geschehen. Wir fordern Euch daher auf, kräftigst für dasselbe einzutreten und für seine weiteste Verbreitung Sorge zu tragen. In keiner Fabrik, in keiner Werkstatt, wo Sozialdemokraten arbeiten, in keiner Hütte, wo Sozialdemokraten wohnen, darf Euer Parteiorgan fehlen. Die Bourgeoisie bekämpft uns durch ihre Presse, die Regierungen durch ihre Beamten, — zeigen wir, daß alle Verfolgungen, weit entfernt, uns müde zu machen, nur unsern Muth und unsern Eifer für die gerechte Sache der Arbeiterklasse erhöhen. Das Parteiorgan ist die Waffe, womit Ihr falschen Bahn zerstört, Vorurtheile beseitigt, Angriffe und Verläumdungen zurückweist und am wirksamsten für die Verbreitung der sozial-demokratischen Prinzipien kämpft. Thue also Jeder, was er kann zu dessen Unterstützung. Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Filial-Expeditionen.

Unter Hinweis auf § 5 des Reglements eruchen wir die Filial-Expeditionen, die Reste der Abonnementsgelder vom IV. Quartal 1871 bis spätestens den 23. d. M. an die Expedition hier einzusenden; eine längere Gestundung ist unmöglich.

Aufforderungen von Seiten der Filialen an ihre Abonnenten wegen pünktlicher Zahlung wird die Expedition, sobald sie ihr zugefandt werden, jederzeit im „Volksstaat“ veröffentlichen.

Leipzig, den 18. Januar 1872.

Die Verwaltungs-Kommission.

An die Parteigenossen.

Seit unserer letzten Bekanntmachung in No. 93 des „Volksstaat“ vom 18. Noobr. sind von nachgenannten Orten als Vertrauensmänner angemeldet, für:
 Oberlungwitz: F. W. Klinge. Waldheim: Carl Grunewald. Ronsdorf: Gustav v. d. Heyden. Rürnberg: W. Seichab. Mannheim: Franz Pfeiffer. Apolda: C. A. Reichelt. Döbeln: Geinr. Wolke. Wittgensdorf: Franz Penkert. Ernstthal: C. Bohne. Kirchhain: Jean Krell.

Hamburg, den 15. Januar 1872.

Der Ausschus. Th. Jord.

An die Parteigenossen in Herborn.

Durch die Beurtheilung unserer Mitglieder in Herborn sind besonders Schupp und Schmidt, ersterer als Familienvater, letzterer durch längere Haft arg geschädigt. Es ist dringend

notwendig, daß diese beiden treuen Mitglieder unserer Partei und Vorkämpfer für Eure Interessen von Euch thätigst unterstützt werden, damit dieselben nach überstandener Haft in derselben Weise wie vorher eintreten können in den Kampf gegen die Feinde der Arbeiter, die, gestützt auf ein reaktionäres Vereinigungsgesetz, Euch zu Boden geschmettert wähen. Parteigenossen Herborn's, laßt Eure Vorkämpfer nicht im Stich! Und Ihr Parteigenossen anderwärts gedenkt auch Ihr Eurer Pflicht!
 Hamburg, den 15. Januar 1872.

Th. Jord.

Politische Uebersicht.

Eine schlagende Widerlegung der Bourgeois-Lügen vom Fiasto, das die Internationale in Amerika gemacht haben sollte, bildet die Debatte, welche soeben im Vereinigten-Staaten-Kongress über die soziale Frage stattgefunden hat. Den Anlaß gab folgende Motion (Antrag), gestellt von dem Ausschus für öffentlichen Unterricht und für Arbeit:

„Der Präsident wird auf den Rath und mit der Zustimmung des Senats einen Ausschus von drei Personen ernennen, welcher, wenn seine Arbeiten nicht in einem kürzerem Zeitraume beendigt werden, zwei Jahre lang in Thätigkeit bleibt. Dieser Ausschus wird die zwischen dem Kapitalisten und Arbeiter vorliegende Lohn- und Arbeitsfrage, und zugleich die Lage der arbeitenden Klasse unter der dreifachen Hinsicht der gesellschaftlichen Verhältnisse, des Unterrichts und der Gesundheit zu prüfen haben. Er wird bestimmen, in welchem Maße dieselben durch die den Handel, die Finanzen und die Zirkulation des Landes regelnden Gesetze berührt werden.“

H. Hoar, der Vorsitzende des betr. Ausschusses unterstützte den Antrag in einer längeren Rede, von der uns nachstehendes Resultat vorliegt:

„Es ist allbekannt, daß in allen Theilen unseres Landes und der zivilisirten Welt ein großer Aufschrei der Unzufriedenheit seitens der arbeitenden Klassen sich erhoben hat. Angesichts dieser Reklamation besteht die erste Pflicht des Gesetzgebers darin, eine vollständige, genaue und regelmäßige Untersuchung der Thatfachen zu bewirken. Die Arbeiterpartei (labour party) in einem Staate empfahl vergangenen Sommer das Einbringen eines Gesetzesvorschlags, wie der von mir eingebracht, und obgleich sie politisch der republikanischen Partei entgegengesetzt ist, hat sie doch ihre Anerkennung und ihre Hochachtung bezüglich dieser Partei ausgedrückt wegen der Aufmerksamkeit, welche dieselbe diesem wichtigen Gegenstand gewidmet hat. Die große Internationale Arbeiterassoziation mit einer Organisation, welche sich über ganz Europa ausdehnt und ihre mächtige Stimme überall hat erschallen lassen, hat gleichfalls den Kongress um eine spezielle Maßregel, ähnlich der von uns vorgeschlagenen, ersucht. Ich erachte mich nicht berechtigt, über die interessante geschichtliche Frage bezüglich der Kommune eine Meinung kundzugeben. Wir kennen bloß eine einzige Seite von der traurigen Geschichte der vorigen Sommer in Paris vorgefallenen Ereignisse. Aber soviel sieht doch ganz fest, daß eine Sache auf dem Spiel stand, und ein Ziel im Auge gehalten wurde, welche bewirkten, daß die Arbeiterklasse von Paris, junge Männer und junge Frauen in der Blüthe ihres Alters, die nicht ausschließlich zu den unwissenden oder unterdrückten Massen, sondern auch zu den Leuten von Bildung, Familie und sogar Vermögen gehörten, dem Tode entgegenzogen ohne zu zittern und mit einem so heiteren Antlitze wie das eines Neuwahlten ist, der seinen Hochzeitschmaus abhält. Ich glaube nicht, daß eine Sache, welche einen solchen Heldennuth einzuschließen vermocht hat, nicht überall, wo sie diskutiert wird, die Beachtung der Amerikaner auf sich zu lenken vermag. Der Internationale Bund der europäischen und amerikanischen Arbeiter hat die Hochachtung Aller verdient, weil er regelmäßige Beziehungen herstellt und die Prinzipien der Bruderschaft anerkannt hat, welche unter den Menschen aller Nationen aus ihren Produktions-Verhältnissen stammen, denn diese Bruderschafts-Prinzipien sind mächtiger, als die aus gemeinsamer Nationalität oder aus dem Bande, welches den Unterthan und Souverän umschließt, hervorgehenden Vereinigungen. Amerika ist weit davon entfernt, sich gegenüber solchen Bestrebungen undankbar zu zeigen. Als in der düsteren Zeit unseres Bürgerkrieges die herrschenden Klassen Englands froh gewesen sein würden, hätten sie sich mit dem Kaiser der Franzosen vereinigen können, um die südliche Föderation anzuerkennen, wurden sie hieran nur verhindert durch die bedrohlichen Proteste der Arbeiter Lancashire's, welche der englischen Regierung zuriefen: „Biel lieber, bei Weitem lieber sind uns die Arbeiter der amerikanischen Nordstaaten; unsere Gefühle und Interessen ziehen uns zu denselben viel mehr hin als zu der englischen Aristokratie; wir haben zwar bisher Mancherlei erduldet, aber das werden wir nicht zugeben, daß ihr die Macht und die Hülfquellen Englands gegen eine Sache verwendet, in der die Arbeiter Amerikas theilhaftig sind.“ — Ich habe hier vor mir die allgemeinen Bestimmungen und die vergangenen September gefaßten Beschlüsse der Internationalen Arbeiterassoziation. Unter den gefaßten Beschlüssen erblicke ich den formulirten Wunsch, daß in allen Ländern, wo der Verein existirt, eine vollständige amtliche Untersuchung angestellt werden, und daß man namentlich in den Vereinigten Staaten mit aller Macht dahin streben möge, daß jene Thatfachen, welche die von mir eingebrachte Bill erwähnt, zusammengestellt und konstatiert werden mögen.“

Zu Ruß und Frommen der deutschen Staatsanwälte, die hoffentlich nicht in Ohnmacht fallen, sei bemerkt, daß Hr. Hoar während längerer Zeit Attorney General, d. h. nach deutscher Titulatur Justizminister und Oberstaatsanwalt der Vereinigten Staaten gewesen ist.

Der Antrag fand allseitige Unterstützung, u. A. auch seitens des Vorsitzenden des Finanzausschusses Mr. Daves. Mr. Kelly von Philadelphia sagte in der Debatte:

„Gerade weil England nicht eine ähnliche Maßregel votirt hat, ist sein nationales Ansehen abgeschwächt, ist es von einer Revolution bedroht. Aus dem gleichen Grunde ist die kaiserliche Regierung in Frankreich gestürzt, aus gleichem Grunde haben wir die Brandfackel der Kommune sich entzünden sehen. Wegen der beharrlichen Weigerung der Behörden, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, wird die Jugend Deutschlands und Europas gegen Kirche und Thron ausländisch. Die parlamentarischen Untersuchungen in England haben festgestellt, daß in diesem Lande der größte Theil der Arbeiterklasse in jedem Jahre einer genügenden und hinreichenden gesunden Nahrung entbehrt. Unsere Regierung darf nicht dulden, daß bei uns in irgend einem Theile des Landes die Arbeiterbevölkerung in den traurigen Zustand der englischen, französischen, österreichischen und belgischen Arbeiter verfällt. Der Kongress ist befugt, sich die Gewisheit zu verschaffen, daß Diejenigen, die mit ihrer Arbeit und Einsicht die Bergwerke graben und unsere Kohlengruben ausbeuten, unsere Mineralien in Metalle, in nützliche und kunstvolle Gegenstände verwandeln, die Schafe scheeren, die Wolle waschen, selbige spinnen und weben, in Unwissenheit leben und in Elend sterben.“

Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen, und der Ausschus auf ein Jahr gewählt, mit einem Gehalt von 5000 Dollars für jedes der 3 Mitglieder.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit faßte das Haus mit allen gegen eine Stimme den Beschluß, „den für die Freiheit und das Selbstgovernment gefallenen Opfern der Kommune von Paris seine Sympathie auszudrücken.“

So denkt von der sozialen Frage die Volksvertretung der großen amerikanischen Republik, die zu gleicher Zeit der freieste und mächtigste Staat der Welt ist. Man vergleiche damit die privilegierte Beschränkung des Versailler und des Berliner Junterparlaments!

Bei der Berathung in der Sächsischen Zweiten Kammer über Punkt 2 der Gemeindeform — „Gemeindegliederschaft, besonders Bürgerrecht in Städten —“ ergriff auch einer der Abgeordneten der Stadt Leipzig, Schuldirektor Dr. Panig, das Wort und äußerte Folgendes: „Er wolle zwar die Fortschritte, die der Entwurf bringe, gern als solche anerkennen und annehmen, sich aber auch dagegen stemmen, daß in einem so wesentlichen Punkte, wie hier, geradezu ein Rückschritt geschehe. Seither sei das Bürgerrecht in den Städten an keinen Census gebunden gewesen, die kleinen Gewerbetreibenden erlangten es ohne Rücksicht auf die direkte Staatssteuer. Der hier vorgeschlagene Unterschied zwischen 3 und 1 Thaler Steuer verschle seinen eigentlichen Zweck; denn gerade die, welche in der niedrigen Klasse an der Gemeindeverwaltung ein Interesse nahmen, würden von ihrem Rechte Gebrauch machen, um ihre Stimmen in die Waagschale zu werfen, während die andere Seite, die gutmüthige, von den Wahlen fern bleiben werde. Man müsse hier gleichmäßig verfahren. In Leipzig würde der vorgeschlagene Census Folgendes bewirken: 1870 gab es dort 39,137 Gewerbes- und Personalsteuerpflichtige. Von diesen würden nach dem Census überhaupt nur gegen 12,000 das Bürgerrecht erwerben dürfen, 27,000 aber wären ausgeschlossen. Berechtigt und zugleich verpflichtet würden aber gar nur 6500 Personen sein. Wenn nun zwar auch unter jenen 39,000 Personen gegen 6 bis 7000 weibliche Personen und zwar in der niedrigsten Steuerklasse begriffen wären, so würde es sich immer doch so herausstellen, daß bei 1 Thaler Census immer nur die Hälfte der Steuerpflichtigen stimmberechtigt zu den Gemeindevahlen sein würde. Das schaffe theils über das Ziel hinaus, theils daran vorbei, denn man schloße auch solche Elemente aus, die man nicht ausschließen wolle, die im guten Sinne wirken könnten: die kleinen Gewerbetreibenden. In Leipzig würde die Folge ungefähr die sein, daß man 3620 kleine Gewerbetreibende vom Bürgerrecht ausschloße und 3700 Gewerbesgehälften zum Bürgerrecht zuzöge. Zu solchen Beschränkungen könne sich Redner nicht verstehen. Auch die liberale Seite bekämpfe eine gewisse Partei, aber sie habe eine andere Meinung in Betreff der Kampfmittel. Weder polizeiliche Maßregelungen, noch Verkümmern öffentlicher Rechte, noch der Ausschluß dieser Klassen von der Gemeindeverwaltung sei ein gutes Kampfmittel. Wenn die Spannung im Dampfkessel zu groß werde, solle man nicht noch Centnergewichte auf das Ventil legen, sondern das Ventil öffnen. Gestatte man dieser Klasse in gleichmäßiger Weise die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, so leite man sie auf den Weg, wo sie sehen, daß Besserung nicht durch Umstürzen, sondern nur durch allmähigen Fortschritt möglich ist. Wenn sie in die Corporationen der öffentlichen Verwaltung eintreten, so können sie bald zu anderen Ansichten. Habe in einigen Städten Sachsens

Fortsetzung auf Seite 4.

Die Inauguraladresse von Karl Marx

anlässlich der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 (Schluss.)

Nach dem Fehlschlagen der Revolutionen von 1848 wurden auf dem Continent alle Parteiorganisationen und Parteijournale der arbeitenden Klassen durch die eiserne Hand der Gewalt zermalmt, die vorgeschrittenen Söhne der Arbeit stoben in Verzweiflung nach der transatlantischen Republik, und die kurzlebigen Träume von Emanzipation der Arbeiterklasse zerrannen in einer Epoche fieberhafter Industriebätigkeit, sittlicher Versumpfung und politischer Reaction. Die Niederlage der arbeitenden Klassen auf dem Continent verbreitete bald ihre anstehende Wirkung auf die andere Seite des Kanals. Während die totale Niederlage ihrer continentalen Brüder ihre eigene Sache brach, gab sie den Grundbesitzern und Kapitalisten die einigermaßen erschütterte Zuversicht wieder. Uebermüthig zogen dieselben Zugeständnisse zurück, welche bereits angekündigt waren. Die Entdeckung neuer Goldländer führte zu einem großartigen Auszug, der in den Reichen des britischen Proletariats eine unersetzbare Lücke zurückließ. Andere, früher thätigste Mitglieder des Proletariats, wurden durch temporäre Befestigung von Mehrarbeit und Lohnerhöhung weggeschleppt und in Gutgestimmte umgewandelt. Alle Anstrengungen, die Charitativ-Bewegung aufrecht zu erhalten oder umzugestalten, schlugen ganz ungeweiht fehl, die Preisorgane der Arbeiter stürzten eines nach dem andern an der Theilnahmlosigkeit der Massen, und in der That, niemals vordem schien die englische Arbeiterklasse so ganz und gar mit dem Zustande ihrer politischen Nichtexistenz ausgehöhlt. Wenn damals zwischen den englischen und den continentalen Arbeiterklassen auch keine Gemeinschaft der Aktion stattgefunden hatte, so doch, auf alle Fälle, eine Gemeinschaft der Niederlage.

Und dennoch war diese Periode nicht ohne entscheidende Charakterzüge. Wir wollen hier nur auf zwei große Thatsachen aufmerksam machen.

Nach einem dreißigjährigen, mit der bewundernswürthesten Ausdauer gefochten Kampfe setzten die englischen Arbeiterklassen dadurch, daß sie eine flüchtige Spaltung zwischen der Aristokratie des Grundbesitzes und der des Geldes benützten, die Zehnstundenbill durch. Die bedeutenden physischen, moralischen und intellectuellen Vortheile, die hieraus den Fabrikarbeitern erwuchsen und in den halbjährlichen Berichten der Fabrikinspektoren chronologisch verzeichnet werden, sind jetzt allseitig anerkannt. Die meisten continentalen Regierungen haben sich genöthigt, die englische Fabrikordnung in mehr oder minder beschränkter Form einzuführen, und das britische Parlament selbst ist von Jahr zu Jahr gezwungen, den Wirkungskreis dieses Gesetzes auszudehnen. Und nicht bloß von praktischer Bedeutung war der wunderbare Erfolg dieser Arbeitsmaßregel. Die britische Bourgeoisie hatte durch ihre berühmtesten Organe unter den Männern der Wissenschaft, wie z. B. durch Dr. Ure, Professor Senior und andere Weise dieses Schlages, prophezeit und zu ihrer Herzenszufriedenheit bewiesen, jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit müsse die Todtenglocke der britischen Industrie läuten, welche vampyrartig nur davon leben könne, Blut zu saugen, vor Allem Kinderblut. In alten Zeiten war Kindermord ein geheimnißvoller Ritus des Moloch-Kultus, und wurde nur bei sehr feierlichen Gelegenheiten, vielleicht einmal jährlich vollzogen, und dabei hatte Moloch keinen ausschließlichen Hang für die Kinder der Armen. Dieser Kampf für die gesetzliche Arbeitszeit wüthete um so heftiger, als er nicht bloß ein Schrecken für die Habsucht war, sondern auch ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Geseze von Angebot und Nachfrage, welche die politische Oekonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten sozialen Produktion, dem Inbegriff der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse. Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht bloß ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Princips: zum ersten Mal am hellen, lichten Tag unterlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.

Doch der politischen Oekonomie der Arbeit stand ein noch größerer Sieg über die politische Oekonomie des Besitzes bevor. Wir sprechen von der Cooperativbewegung, insbesondere von den auf dem Princip der Cooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte „Hände“ ins Leben gerufenen Fabriken. Der Werth dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Durch die That, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und in Uebereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern, die einer Klasse von Arbeitnehmern zu thun giebt; daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden selbst monopolisirt zu werden brauchen; und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der associirten Arbeit, welche ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und frohlichem Herzen erfüllt. In England war der Same des Cooperativsystems durch Robert Owen gesät worden; die gleichartigen Experimente der Arbeiter auf dem Continent waren thatsächlich das praktische Resultat dieser im Jahre 1848 zwar nicht erfindenen, aber laut verkündigten Theorien.

Die Erfahrungen der Periode von 1848 bis 1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Cooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, niemals im Stande sein wird, das Wachstum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien, oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern. Vielleicht haben grade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkart, philanthropische Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluger Nationalökonomien ganz urplötzlich mit widerlichen Complimenten eben dem Cooperativarbeitssystem gehuldigt, welches sie vergebens im Keim zu ersticken gesucht, welches sie als das Utopien des Träumers verhöhnt oder als Veruchtheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten.

*) In England ist's Sprachgebrauch, die Arbeiter als „Hände“ zu bezeichnen, während Schafe und Ochsen nach „Köpfen“ gezählt werden.

Um die gewerbethätigen Massen zu retten, muß die Cooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Staatsmittel gefördert werden. Dagegen aber werden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien zur Vertheidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole aufbieten. Weit entfernt davon, der Emanzipation der Arbeit Vorstoß zu leisten, werden sie fortfahren, ihr jedes nur mögliche Hinderniß in den Weg zu legen. Erinnert Euch des Hohnes, mit welchem Lord Palmerston in der letzten Parlamentssession die Fürsprecher des Gesetzes über die Rechte irländischer Pächter zu Boden schmettete. Das Haus der Gemeinen, rief er aus, ist ein Haus von Grundbesitzern. Deshalb ist es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Deutschland, Italien und Frankreich hat ein gleichzeitiges Wiederaufleben stattgefunden, und ein gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei.

Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Wage, wenn sie durch ein Bündniß vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden. Die Erfahrung der Vergangenheit hat gelehrt, daß Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder besteht und sie anspornen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest bei einander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen bestraft. Diese Erwägung veranlaßte die Arbeiter verschiedener Länder, welche sich am 28. September 1864 zu einem öffentlichen Meeting in St. Martin's Hall versammelt hatten, die internationale Arbeiterassoziation zu gründen.

Noch eine andere Ueberzeugung beherrschte dies Meeting. Wenn die Emanzipation der arbeitenden Klassen deren gegenseitigen brüderlichen Bestand erfordert, wie können sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurtheile in Bewegung setzt, und in Raubzügen das Blut und den Schatz des Volkes vergiebt? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heldenmüthige Widerstand der arbeitenden Klassen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals und Kopf in einen infamen Kreuzzug für die Verewigung und Fortpflanzung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des atlantischen Ozeans zu stürzen. Der schamlose Beifall, die nur scheinbare Sympathie oder der beschränkte Gleichmuth, mit welchem die oberen Klassen Europa's die Vergeltung des Kaukasus Rußland zur Deute fallen und das heldenmüthige Polen durch Rußland haben vernichten sehen, die unwiderrstandenen Uebergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen Kabinetten Europa's sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, sich selbst der Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemächtigen, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller ihnen zu Gebot stehenden Macht entgegenzuarbeiten, und, wenn außer Stande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Geseze der Moral und des Rechts zu proklamiren, welche ebenso wohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch die obersten Geseze des Verkehrs der Nationen sein sollten.

Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Ein internationaler Fabrikanten-Bund.

Die „Chemnitzer freie Presse“ ist in die Lage gesetzt, die Grundzüge einer neu zu bildenden Fabrikanten- Coalition auf internationaler Grundlage mitzutheilen. Wir entnehmen diesem Statutenentwurf nur die wichtigsten Paragraphen:

§ 1. Der „Allgemeine Industrie-Verband“ ist eine Institution welche den Zweck verfolgt, sowohl den Staat wie die Gesellschaft in dem Widerstand gegen sozialistische Tendenzen und Machinationen zu unterstützen. Die Beziehungen zwischen Industriellen und Arbeitern im Interesse der Kriterien zu erleichtern und die arbeitende Klasse selbst durch materielle (Arbeitsentlohnung?) wie moralische (Korruption?) Einwirkung vor der Verleitung durch sozialistische Agitationen zu bewahren. — § 2. Die Form der Institution beruht auf der Verbindung Deutscher Industrieller mit der geschäftsführenden Central-Kommission des Instituts. Dieselbe hat von ihrem Sitz aus die gesammte Leitung der Geschäfte wahrzunehmen. — § 3. Die Wirksamkeit des Instituts stützt sich in ihren wesentlichen Theilen auf einen sorgfältig gegliederten, über ganz Deutschland und darüber hinaus verbreiteten Organismus von Beamten und Agenten, mit deren Hilfe die Central-Kommission das ihr notwendige Material zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gewinnt, und andererseits die ihr wünschenswerthen Maßregeln und Einwirkungen ausführen läßt. — § 4. Die Central-Kommission zur Seite steht ein Aufsichtsrath, bestehend aus fünf Mitgliedern, dieselben werden aus der Zahl der namhaftesten Industriellen als Vertrauensmänner sämtlicher dem Verbande beigetretener Industriellen gewählt, und haben sämtliche im Artikel 25 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches, im Artikel 25a des Bundesgesetzbuches vom 11. Juni 1870 und in diesem Statut bezeichneten Rechte und Pflichten. — § 5. Für eintretende Arbeitseinstellungen im größeren Umfange hält die Central-Kommission stets eine umfassende Menge disponibler Arbeitskräfte vorgemerkt, und stellt den betroffenen Industriellen auf deren Verlangen sofort die nöthige Anzahl zur Verfügung, um eine Geschäftsförderung zu vermeiden. — § 6. Die Central-Kommission führt die Folge einer solchen Anzeige nöthig werdende Korrespondenz und bis zur erfolgten Bereitstellung der Arbeiter telegraphisch geführt. — § 7. Die Bereitstellung erfolgt entweder durch direkte Zuführung der Arbeiter an den Ort der Arbeitseinstellung, oder durch sofortige Nachweisung derselben an den durch die Arbeitseinstellung betroffenen Industriellen. — § 8. Die Central-Kommission giebt jedem von ihr beauftragten Transport von Arbeitern einen Begleiter (!) mit, welcher sämtliche Kosten einschließlich derjenigen für die Verpflegung der beauftragten Arbeiter zu bestreiten beauftragt und außerdem in allen seinen dienstlichen Maßnahmen an bestimmte Instruktionen gebunden ist. — § 9. Die Institution hat das Interesse daran zu wachen, daß die von den Arbeitern gegebene Absicht zur Einstellung der Arbeit, bevor der Anfang mit deren Ausführung gemacht ist, möglichst vereitelt werde. — § 10. Die Central-Kommission läßt sich deshalb von ihren Organen genaue, aus dem unmittelbaren Verkehr mit den Arbeitern eingehenden Berichte in dieser Beziehung erstatten und auf zuverlässigem Wege Kunde von den Plänen und Beschläßen der für die sozialistische Arbeiterbewegung maßgebenden Oberen (!) verschaffen. — § 11. Die Central-Kommission liefert den Industriellen ferner aus dem ihr bereitstehenden, ganz Deutschland, nebst den angrenzenden Ländern umfassenden Material jede auch für den normalen Geschäftsbetrieb wünschenswerthe Auskunft bezüglich des Geschäfts- und Arbeitspersonals. — § 12. Die Industriellen sind im gegenseitigen Interesse erucht, alle wegen vorzugsweiser guter Eigenschaften zu empfehlenden Mitglieder ihres Geschäfts- und Arbeitspersonals, ebenso

wie alle mit besonderem Tadel zu belegenden Glieder desselben der Central-Kommission namhaft zu machen, welche über beide Kategorien geordnete Register führt. — § 13. Mit Hilfe dieser Register und ihres Organismus sorgt die Central-Kommission für die weitestgehende Verbreitung dieser empfehlenden oder warnenden Zeugnisse. — § 14. Weidlich ihrer Einwirkung auf die arbeitenden Klassen theilt sich die Thätigkeit der Central-Kommission je nach den in dieser Richtung angewandten materiellen oder moralischen Mitteln nach zwei Seiten hin. — § 15. Die Central-Kommission errichtet aus den ihr disponiblen Mitteln einen Unterstützungsfond für Arbeiter, für welche eine von den übrigen Klassen geschaffenen des Instituts gesonderte Verwaltung geführt wird. — § 16. Die Unterstützung wird grundsätzlich nur denjenigen Arbeitern gewährt, welche sich in den Schranken der gesetzlichen Ordnung (inländischer Untermöglichkeit) gehalten und allen sozialdemokratischen Einflüssen fern geblieben sind. Nur in ausnahmweisen Fällen wird die auf ein zukünftiges Fernbleiben von diesen Einflüssen gerichtete Versicherung des Arbeiters als Äquivalent für dessen nicht tabelfreie Vergangenheit angesehen. — § 17. Die Agenten des Instituts sind gehalten, diese Grundsätze unter den Arbeitern ihres Districts zu möglichst ausgebreiteter Kenntniß zu bringen und bei Anwendung derselben ihrerseits mit der genauesten Prüfung persönlicher Verhältnisse und strenger Gewissenhaftigkeit zu Werke zu gehen. — § 18. Zum Zwecke wirksamer moralischer Einwirkung auf die arbeitende Klasse läßt die Central-Kommission das Institut wöchentlich ein Blatt erscheinen, welches ausschließlich für die Arbeiter bestimmt ist und diesen auf einem noch näher zu bezeichnenden Wege unentgeltlich geliefert wird. — § 19. Dies Wochenblatt hat die Aufgabe, neben anderweitig bestehendem (!) und unterhaltendem (!) Vortritt insbesondere eine Besprechung derjenigen Fragen zu bringen, welche die soziale Stellung des Arbeiters betreffen, und von deren Beantwortung es hauptsächlich abhängt, welche Partei denselben die seinem Interesse (!!) dienliche erscheint. — § 20. Diese Fragen werden in dem Wochenblatte in sachlicher (verlogener) Form und im Tone unparteiischer (!!) Prüfung, im Sinne der gesetzlichen Ordnung (Polizewirtschaft) und unter motivirter Warnung vor den trügerischen (!) Vorspiegelungen (!) der Gegner beantwortet (!!) und nicht möglich. (!!!) (Schluß folgt.)

Wir glauben, daß es nicht möglich wäre, die Nothwendigkeit der internationalen Verbindung der Arbeiter drastischer zu beweisen, als es diese internationale Nichtarbeiterassoziation gethan hat.

Aus America.

Philadelphia, 20. Dez. 1871.

Ich nehme hiermit Gelegenheit, unsern Deutschen Mitkämpfern etwas über die hiesige Arbeiterbewegung mitzutheilen. Obgleich wir auch noch nicht lange in unserer neuen Heimath verweilen und mit den hiesigen Verhältnissen noch nicht so genau vertraut sind, so ist uns aber doch so viel zur Gewissheit geworden, daß Amerika trotz der freien Republik noch lange nicht auf dem Standpunkte steht, wie es die heiligen Rechte der Menschheit erfordern. Wir hielten es daher für unsere erste und bringendste Pflicht, auch hier mit der Internationalen Arbeiterbewegung vorzugehen.

Nachdem voriges Frühjahr mehrere deutsche Gesinnungsgenossen theils wegen der politischen und sozialen Misere, theils wegen der Parteimaßregelungen Deutschland verlassen, um sich hier eine neue Heimath zu suchen, so machten sie es sich zur Aufgabe, einen Verein auf internationalem Programm zu gründen, was auch am 1. October in Erfüllung ging; durch das schnelle Steigen der Mitgliederzahl haben wir uns veranlaßt (nachdem wir zuvor in den hiesigen Lokalblättern schon mehrmals auf den Verein hingedeutet hatten), durch eine Massenversammlung in die Öffentlichkeit zu treten. Wir beriefen daher auf den 25. November eine solche ein, in der C. Carl aus New-York als Referent anwesend war. Das Thema war: „Die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft als Haupterklärungsgrund der Arbeiterbewegung.“ Ebenso wurde die internationale Arbeiterbewegung gründlich erläutert. Die Versammlung war zahlreich besucht und wurde noch am selbigen Abend ein zweiter internationaler Verein in der Mitte der Stadt gegründet (da die Stadt so groß und alles so weitläufig ist), welcher auch schon eine beträchtliche Mitgliederzahl hat; gleichzeitig aguirten mehrere Mitglieder von uns, welche schon längere Jahre hier sind, und mit der englischen Sprache vertraut sind, unter den irischen, amerikanischen und französischen Arbeitern, und hatte auch das besten Erfolg, indem sich bereits ein internationaler Verein in englischer, sowie einer in französischer Sprache gegründet hat, so daß nun in Philadelphia 4 Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation bestehen: 2 Deutsche, 1 Englische und 1 Französische.

Wir glauben, daß unsre Brüder, welche mitkämpfen an dem großen Werk der Befreiung, mit diesem Resultat zufrieden sein können, und werden es uns auch ferner zur Pflicht machen, immer vorwärts zu schreiten und die Avantgarde zu bilden, indem wir hier schon Vieles haben, was in Deutschland erst verlangt wird; ebenso werden wir uns bemühen, sobald das Geschäft etwas besser geht, (da es jetzt sehr faul damit ist) Cure Gemafregelungen zu unterstützen.

Noch will ich bemerken, daß an der Gründung eines Parteitorgans für die Vereinigten Staaten eifrig gearbeitet wird, was für die hiesige Bewegung von großem Nutzen sein wird. Unsere Arbeiterbewegung hat hier schon wesentliche Bedeutung erlangt.

In America besteht vollständige Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, es giebt überhaupt gar kein Gesetz über die Presse und Vereine. Man kann sich versammeln, wie es Einem beliebt, ohne es anzumelden, und ohne unter einer Ueberaufsicht von einer Brigade Gensdarmen und Polizisten zu stehen; würde sich einer der Letzteren in Versammlungen erblicken lassen, so müßte er es sich gefallen lassen, wenn er sanft oder auch un-sanft an die Luft gesetzt würde. Und trotzdem steht die amerikanische Konstitution fester als alle Monarchenstaaten in Europa. Natürlich deuten auch hier die Kapitalisten die Arbeiter für ihre Zwecke aus; aber es giebt hier keine Maßregelungen, gegen und von Seiten des Staats, sondern nur von Seiten der Arbeitgeber. Doch nur Geduld, ihr Herren. Wir werden bald andre Saiten aufziehen, denn unsre Langmuth ist zu Ende.

Sozialistischen Brudergruß an alle Parteidgenossen von den Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation zu Philadelphia!

Louis Kröber,

Secretär der Sektion 25.

Zufchriften sind zu richten an Franz Kaley, Nr. 2214 Hope Street, Nord-Philadelphia, Pa.

Fabrikinspektoren in Sachsen.

In Sachsen hat die Regierung dem Landtage eine Verordnung, die Aufsicht über die Dampfessel betr., zugehen lassen. Am Schlusse derselben beantragt sie:

„die Stände wollen ihr Einverständnis damit erklären, daß

- 1) die Zahl der Dampfsektrevisionsbezirke zunächst auf vier vermehrt,
- 2) bei Anstellung der Revisoren das bisherige Prinzip der Behandlung des Revisionsgeschäftes als Nebengeschäft thunlichst verlassen und danach die Stellung der zu diesem Geschäft zu wählenden maschinenbaukundigen Techniker gemessen werde,
- 3) daß man den Versuch mache, die Dampfsektrevisionsbeamten zugleich als Aufsichtsbeamte (Fabrikinspektoren) in Bestimmungen der Gewerbeordnung wegen Beschäftigung von Kindern in den Fabriken und zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und das Leben zu benutzen,
- 4) eventuell, wenn die Uebertragung der Revisoren durch die Beteiligten abgelehnt werden sollte, die betreffende Position im Ausgabebudget um 1500 Thlr. zu erhöhen.

In Bezug auf Punkt 3 heißt es im Dekrete u. A.: „Die Regierung denkt hierbei an eine den englischen Fabrikinspektoren entsprechende Einrichtung, deren Geschäft vorzugsweise die Kontrolle gewisser im Interesse der Arbeiterbevölkerung getroffenen gesetzlichen Bestimmungen (Arbeitszeit, Kinderarbeit, Sorge für Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter) ist. § 132 der Gewerbeordnung deutet darauf hin, daß die Führung dieser Aufsicht, die in den Händen der meist mit anderen Geschäften überladenen und mit der technischen Seite der verschiedenen Fabrikbetriebe weniger vertrauten Lokalpolizeibehörden ihre Mängel und Schwierigkeiten hat, besonders von Beamten zu übertragen ist. Die Regierung will versuchsweise hierzu die Dampfsektrevisionsbeamten verwenden und behält sich, wenn der Versuch gelingt, die Erhöhung der Zahl der Inspektionsbezirke für später vor.

„Zwar könnte man die Selbstthätigkeit der Beteiligten der Vermehrung der Staatsaufsicht vorgehen und sich besonders auf das Beispiel von Mülhausen im Elsaß berufen, wo eine ganz vorzügliche (!) Art von Assoziation der Fabrikanten zur Verhütung von Unglücksfällen eingeführt ist. Die Regierung hat auch wiederholt Anlaß zu Anregungen in dieser Richtung gegeben. Aber die Verhältnisse liegen zur Zeit noch bei uns nicht so, daß man sich in dieser Beziehung großen Illusionen hingeben dürfte, und inzwischen verlangen doch die Interessen, zu deren Schutz die gesetzlichen Bestimmungen gegeben sind, eine Kontrolle über deren Durchführung um so mehr, als die Erfahrung lehrt, daß häufig gerade dieselben Klassen, in deren Interesse die Gesetze wirken wollen, der strengen Durchführung aus Bequemlichkeit und aus Rücksichten auf Arbeitsverdienst, welchen man dadurch geschmälert glaubt (dies gilt namentlich von der Beschränkung der Beschäftigung von Kindern in den Fabriken, welche bei dem Theile der Arbeiterbevölkerung, die ihre eigenen Kinder in die Fabriken führt, keineswegs populär ist), einen wenigstens passiven Widerstand entgegenstellen und daher Anzeigen von Konventionen aus den Kreisen der Beteiligten selbst nur selten vorkommen, so daß die Kontrolle nur durch Revisionen erreicht werden kann, welche ohne äußere Veranlassung vorgenommen werden.“

Wir sind begierig, zu erfahren, wie sich die liberale Landtagsmajorität diesem Vorschlag gegenüber verhalten wird, der, wenn ernstlich durchgeführt, der Arbeiterklasse nur zum Nutzen gereichen kann.

Chemnitz. Ein richterliches Urtheil über die maßvolle Haltung der friedenden Chemnitzer im vorigen Jahre. Vor einigen Monaten wurde Most wegen des von ihm verfaßten und in Nr. 154 der „Chemnitzer freien Presse“ vom 7. August v. J. abgedruckten Artikels „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ von Seite des hiesigen Gerichtsamt angeklagt. Ende Dezember wurde das Urtheil gefällt und Most freigesprochen. Die Urtheilsbegründung verdient die vollste Aufmerksamkeit der Freunde und Feinde der Sozialdemokratie. Zu derselben heißt es, daß „man von der Anklage vertretenen Ansicht, daß in diesem Artikel verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthätigkeiten gegen einander angereizt worden, beizupflichten nicht vermocht hat, wenn man erwägt, daß der fragliche Artikel, in welchem allerdings, wie man sich nicht hat verhehlen können, die Klassen der Arbeiter zum Kampfe gegen die der Kapitalisten aufgefordert werden, bei seiner bildlichen Sprache eine doppelte Deutung zuläßt, sowohl die, daß in demselben die Arbeiter zu einem wirklichen Kampfe, also zu Gewaltthätigkeiten gegen die besitzenden Klassen der Bevölkerung, als auch diejenige, wonach sie nur zu einem gemeinsamen, innerhalb der gesetzlichen Schranken sich haltenden, daher friedlichen Vorgehen zur Verbesserung ihrer Lage angeleitet werden, mithin, da es im Artikel selbst einem weiteren Anhalte gebricht, bei dem bestimmten Zeugnisse des Angeklagten die letztere, demselben günstige Deutung, zumal die politische und sozialen Verhältnisse eine gegenwärtige Annahme mit zwingender Nothwendigkeit nicht nahe legen, gerechtfertigt erscheint — eine Auffassung, welche ja überdies bereits durch das allgemein bekannte, weitere Verhalten des Angeklagten, namentlich durch seine während der am hiesigen Orte stattgehabten Arbeitseinstellung in öffentlichen Bekanntmachungen an die Arbeiter gerichteten Mahnungen zur Ruhe und Ordnung ihre Bestätigung gefunden — nach alledem aber es nicht ausreichend geboten erschien, den inframiranten Artikel unter die Strafbestimmung in §. 130 des Reichsstrafgesetzbuches zu stellen. So ist der Angeklagte hinsichtlich des ihm beigegebenen Vergehens wider die öffentliche Ordnung gemäß Art. 302, Abs. 2 der revidirten Strafprozess-Ordnung straffrei zu sprechen und sind die durch die hierauf gerichteten Erörterungen entstandenen Kosten als eine Last der Gerichtsbarkeit aus Staatsmitteln zu übertragen.“

Leipzig. Unsere Gegner. Die Leipziger Karnevals-Gesellschaft veranstaltet jetzt ihre „Karneval-Abende“ (Spissmasse verba*). Zu den bei dieser Gelegenheit gefangenen Sport-Liedern spielen natürlich auch die Sozialdemokraten eine große Rolle. Wir sagen „natürlich“

*) eigenster Ausdruck der Betreffenden.

„denn was in von solchen Nachschöpfen, welchen die Waffe des Geistes eine terra incognita*) ist. Anders zu erwarten, als schale Bummelmäße, von denen man 100 für einen Dreier bekommt? Nicht etwa, als ob man gegen den Spott solcher Leute überhaupt empfindlich sein könnte; im Gegentheil, wir meinen, selbst die treffendste und berechtigte Satire verliert ihre Spitze, sobald sie von so anständiger Seite losgeblasen wird. Hier handelt es sich jedoch um einen Fall, der weit über die Grenzen des Spottes hinausgeht, der — halt die etwaigen Schwächen des gebahnten und gestärkten Gegners zu geheln — in unwürdiger Weise die Lust irretleiten und mißbrauchen will. In einem beim vorliegenden „Karneval-Abend“ gefangenen Liede befindet sich nämlich folgende Strophe:

„Unser Sozialdemokrat,
Bebel, Liebschnecht, Depner — ach!
Sind vor's Schmutzgericht gerathen:
Vorn folgt ihren Thaten nach;
Fort aus Chemnitz ward gewiesen**),
Bürger Most, weil ihm zu wohl,
Und dort selbst wollte schießen***)
Bürger Kinde Terzerol. (sic!)“

„Lohn folgt ihren Thaten nach.“ Es wird damit die Aussicht auf die Verurtheilung der Angeklagten als eine sichere und untrügliche hingestellt und auf die Geschwornen, welche, wenn's Glück gut ist, theilweise der Carnevalsgesellschaft angehören können, eine PreSSION ausgeübt, indem man sie von vorn herein mit dem Gedanken vertraut macht: „Ihr müßt verurtheilen; denn wir, die Carnevalsgesellschaft, verlangen es.“ — Und das schimpft und spottet über die „demoralisireten“ Franzosen, welchen „alle Rechtsbegriffe abhanden gekommen“ seien. — Wir werden abwarten, ob die Behörde es wagen wird, einen Geschwornen aus den Reihen jener Karnevalisten, welche sich unlängst durch jenes Lied als parteiisch gekennzeichnet haben, gegenüberzustellen.

Schließlich mögen auch noch folgende zwei Strophen des gedachten Liedes zeigen, wie Geschicklicher unsere Gegner sind:

„Beuß verlor seine Posterscheide
Und begab auf Reisen sich,
Machte da Visiten, welche
Schienen ganz absonderlich! :;
Da schrieb Andraßy: Mein Lieber,
Visiten ist nichts Aus,
Komme doch mal von London rüber,
Daß ich Dir die Nase pug.“

Schrei nur immerhin nach Rache,
Große Karrennation! :;
Und im Schrein und Schimpfen mache
Noch manch' hübsche Ration. :;
Doch bewahre dir deine Rache:
Mac Mahon, Ledouff, Bazaine.
Nochmals kriegt die faule Blase
Keile hastenigesehn. :;

Dieses „Karneval-“ geht der milderen Umstände, die man bei Beurtheilung desselben ihm angedeihen zu lassen versucht sein könnte wegen des scherzhaften Anlasses, denn es sein Entsetzen verdammt, verlustig, wenn man in Erwägung zieht, daß auch bei ersten Gelegenheiten die Leipziger Bourgeoisie mit poetischen Ergüssen an die Dessenlichkeit tritt, die um kein Haar besser sind. So hat der aus Rath und Stadtverordneten (unter dem Präsidium des Oberbürgermeisters Koch) bestehende Festanschuß für den am 2. Nov. 1871 stattgehabten Truppeneinzug in Leipzig von 6 Gesangsvereinen ein Massengesanglied auf dem Markte vortragen lassen, das für die Kunstpflege der Leipziger haute volles höchst charakteristisch ist. Das Gedicht heißt: „Das deutsche Schwert“ — der Verfasser ist leider auf dem uns vorliegenden offiziellen Festprogramm nicht genannt — und beginnt also:

Die schäufte Waffe, die es giebt,
Die Waffe die der Deutsche liebt,
Es ist das deutsche Schwert.“

Und weiter:

„Nicht fährt es um Tyrannensold
Der Deutsche, nicht aus Gier nach Gold,
Nicht weil er muß als Knecht;
Er fährt es zu der Seinen Schutz,
Für Vaterland und Recht.“

„Nicht aus Gier nach Gold.“ — Sieht es nicht beinahe so aus, als ob diese gar nicht hierher gehörende Rechtfertigung auf die 5 Milliarden gemünzt sei, oder die ohne Requisition erntommenen Wertgegenstände? Schlägt dem „Dichter“ etwa das Gewissen, daß er sich in diese wie eine Selbstanklage erscheinende Vertheidigung verrennt? Und ist nicht der Vers: „nicht weil er muß als Knecht“ noch verächtlicher?

Und nun der Schluß:

„O schreie du, mein deutsches Schwert
Uns immer Ehre, Haus und Heerd
Und läch' dich oft noch roth!
Wildfreudig schwingt dich unsre Faust,
Wildfreudig fährt, von dir umfaßt,
Der Deutsche in den Tod.“

Konnten zu Ehren des Moloß und Blylyphyl Blutigerer und sagen wir hinzu supere Vieder gefangen werden als dieses von der „gebildeten“ Bourgeoisie erzeugte?

Und Das will die „Civilisation“ gepachtet haben!

Cleve d. 27. Dabr. 1871. Ein „Agitator.“ Ich war seit 1848 schon mit Lassalle persönlich bekannt, gehörte dann später dem von ihm gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeitervereine an, und glaubte auch nach Lassalle's Tode, daß durch den Verein die von Lassalle geschaffene Bewegung weiter gefördert würde.

Vergangenen Sommer hatte ich einen Arbeiter in meinem Geschäft nötig, und wollte gern einen gleichgesinnten Mann um mich haben, um gleichzeitig auch mit seiner Hilfe in meiner Eigenschaft die Bewegung zu fördern; jeder Sozialdemokrat thut dies doch gern, wo ihm nur immer Gelegenheit dazu geboten wird. Ich wendete mich zu diesem Zweck an den derzeitigen Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Herrn Hajentliever, mit der Bitte, mir, wenn möglich, einen wackeren Parteigenossen als Arbeiter zu schicken. Ich bekam zur Antwort, daß ein solcher in der Person des Herrn Armborst zum meinem Wunsch nachkommen möchte, jedoch durch die Agitation sei seine materielle Lage so bedrückt, daß es ihm an dem nötigen Reizegele fehle. Ich schied daraufhin 15 Thlr. nach Berlin ein, doch statt des Erwarteten kam in einigen Tagen ein Brief, daß er noch „verhindert“ sei, zu kommen, indem er noch Schulden im Betrage von 10 Thlr. zu bezahlen habe; so schickte ich noch 10 Thlr. und in einigen Tagen war Armborst da. Daß seine Kleidung sehr reduziert war, bestrebte mich nicht, besonders, da man ja weiß, in welcher Lage ein Mensch kommen kann, der lange Zeit arbeitslos ist. Doch aus Geschäftsrücksichten einestheils, und weil ich gewohnt war, in dem Parteigenossen nur den Bruder zu sehen, ging ich sofort mit ihm zu meinem Schneider, um ihm möglichst bald einen neuen Anzug (beiläufig im Werthe von 20 Thlr.) zu verschaffen. Ich gab ihm freie Station, und hinlänglich Geld, um sich anständig zu bewegen, ohne zu fragen, ob die mir geleistete Arbeit im Verhältniß damit

*) ein unbekanntes Land.
) rein erfunden. *) unwahr.
*) Wie aus dem folgenden hervorgeht, sind die Franzosen damit gemeint. Das wunderte uns nicht, doch wurden wir äußerst angenehm überrascht, als wir im „Tageblatt“ vom 16. Januar eine, vom Vorstand der Carnevalsgesellschaft an das Publikum gerichtete „poetische“ Einladung zum zweiten „Karneval-Abend“ lasen, welche — nach der Melodie der „Wacht am Rhein“ — mit folgendem Refrain schloß: „Lied Karnevolff launig singt sein; Sechs Mark — da fällt noch Mancher rein!“ Sechs Mark (2 Thaler) kostet nämlich das Billet für einen „Karneval-Abend“.

So hirtlos ist diese Clique, daß sie selbst das, was sie als ihr Heiligthum preist, das „patriotische Gefühl“, dem Spott preisgiebt durch jene Parodie der „Wacht am Rhein!“ Was kann man von Leuten halten, welche so wenig Achtung vor sich selbst haben, daß sie an der Selbstverpöthung ein Vergnügen finden? Können solche Menschen überhaupt noch die Achtung Anderer beanspruchen?

hand, da mir hauptsächlich daran lag, im Geschäft einen zuverlässigen Mann zu haben, der, wenn ich einige beschäftigte Reisen unternahm, dasselbe vertrat. Um mich vor dem Verdacht zu bewahren, daß ich ihm Unrecht thue, sei bemerkt, daß er mir wöchentlich 3—4 Paar Damasthiesel (das Paar gut bezahlt mit 15—17 1/2 Gr.) fertigte. — Ich trat dann eine Reise an; doch wie groß war mein Schreck, als meine Frau mir schrieb, daß Herr Armborst einige Tage nach meiner Abreise nicht nur Morgens 11 Uhr erst aufgefunden, spazieren gegangen, und überhaupt nicht nur nicht gearbeitet, sondern auch wiederholt in betrunkenen Zustände spät nach Mitternacht nach Hause gekommen sei, durch fetigen Vorn und Geruchreinigung des Zimmers und der Kleider ihr überdies noch große Unannehmlichkeiten bereitet habe! Ich war sehr unangenehm berührt, sagte mir aber, daß jeder Mensch sich einmal zu Fehlern hinreißen lassen kann; doch ein zweiter Brief folgte bald an mich mit der Aufforderung, nach Hause zu kommen, da Herr Armborst diese Lebensweise fortsetzte, überdies den neuen Anzug bereits verpfändet habe, und man nicht weitere Folgen absehen könnte. Ich besuchte mich, nach Hause zu kommen; doch waren bis dahin 8 Wochen vergangen, daß er überhaupt bei mir war.

Als ich ihn wegen seines Verhaltens zur Rede stellte, war er frech genug, mir in's Gesicht zu sagen, daß er eine Forderung von 64 Thlr. an mich habe! Ich hätte ihn als „Werkführer“ kommen lassen (was keineswegs der Fall ist) und er beansprucht wöchentlich 8 Thlr. und gingen von dieser Forderung nur per Woche 2 Thlr. für Kost und Logis zurück; von den 25 Thlr. Restgeld und den 20 Thlr. für den Anzug kein Wort erwähnend. Da ich diese Forderung ignorirte — ich habe ja öfters in mindestens einen Schaden von 60 Thlr. durch ihn, abgesehen noch davon, daß, was ich leider nicht verschweigen kann, verschiedene Gegenstände in meiner Abwesenheit abhanden gekommen sind, — so verklagte er mich auf 15 Thlr., die ich ihm nach seiner Angabe noch zur Rückreise nach Berlin schuldete. — Wenn ich nach alldem Vorgegangenen, auf's Höchste empört, ihn mit Hilfe der Polizei aus dem Hause bringen ließ, so wird dies wohl Niemand zu hart von mir finden. —

Herr Armborst ist schon seit Jahren vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein als Agitator gebraucht worden; daß man leichtsinnig bei der Wahl von Personen, die man hinausgeschickt, um die große Ueber Kossalles zu verbreiten, sein könnte, war mir undenkbar, daher auch mein großes Vertrauen zu Armborst; um so unerklärlicher ist mir, daß mir Herr Hajentliever diesen Menschen zugehoben konnte, denn ich weiß jetzt ganz bestimmt, daß er ihn ganz speziell kennt, und wenn sich Herr Armborst jetzt brüstet, „er brauche nicht zu arbeiten, er verdiene sein Geld mit Agitiren“, ist es dann nicht leider zu wahr, daß, wie ich schon oben gesagt, besartige Leute der Bewegung schädlicher sind als unsre größten Feinde? Und um dem entgegen zu treten, hielt ich es für meine Pflicht, dies der Dessenlichkeit zu übergeben.

Heinrich Korbacher.
Schulmacher.

Offenbach. Noch ein „Agitator.“ Es dürfte für unsere Parteigenossen nicht uninteressant sein, zu erfahren, wie es Vorstandsglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für gut finden, auf Kosten Anderer den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Es ist dieses nämlich der berühmte Herr Stürz, der, mit Wolf und Hünser verkasstet, dann allein entlassen, in der Verantwortung beim hiesigen Agitator erklärte, wenn er seiner Haft entlassen würde, so wolle er sich von den „Lassalle'schen Umrirtern“ (respel tive „Antrigen“) zu ziehen und sämmtliches in Händen habende Material beisteigen. Es ist dies eine jener Persönlichkeit, die bei jeder Gelegenheit gegen die sozialdemokratische Partei den Namen Kossalles und seiner Prinzipien als Waffe benutzte; selbst Denjenigen, der nicht mit daraus gelegter Hand einen Schwur geleistet für ihre Organisation, einen „Beräther an der Arbeiterfrage“ nennen. Daß Obiges auf Wahrheit beruht, dafür können wir als Gewährsmann Herrn Müller von Biber, dortigen Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins anführen, in dessen Gegenwart die Aussage des obengenannten Stürz beim Anwalt Köhler in Darmstadt verlesen wurde. Wenn wir auch sonst von ähnlichen Leuten genöthigt waren, „Beräther an der Arbeiterfrage“ genannt zu werden, so war es doch eine Uebertragung für uns, jetzt zu hören, wie diese Leute ihr Prinzip und somit sich selbst verleugneten. Es läßt sich daraus die Zukunft der Arbeiterbewegung unter solchem Vorstande fast mit Bestimmtheit voraussagen. —

W. H. Köhler.

Aus Frankfurt an der Oder geht uns vom Vorstand der freireligiösen Gemeinde eine Denkschrift zu, enthaltend eine „offene Anklage gegen den ehemaligen Prediger der christlichen (deutschkatholischen) Gemeinde zu Frankfurt a. O. und Guben, Herrn Carl August Demuth, gegenwärtig evangelischer Pastor in Gredersdorf und Diederichsdorf bei Seelow in P. M., wegen widerrechtlicher Aneignung und Verwertung von Gemeingut der freireligiösen, früher genannt christliche (deutschkatholische) Gemeinde zu Frankfurt a. O., bestehend in Gemeindegeldern, Gemeindebibliothek, Armenkasse und Inventarium.“

In der Anklage heißt es: „Der Prediger C. A. Demuth, in den Jahren 1847 bis 1861 Sprecher der christlichen (deutschkatholischen) Gemeinde zu Frankfurt a. O., löste sich nach vollzogener Vertagungsbeschluß im Jahre 1861 in den Besitz fast sämmtlichen Gemeinguts qu. Gemeinde, verließ nach kürzerer Zeit dieselbe, indem er von Frankfurt a. O. verzog, nachdem er schon vorher das Inventarium der Gemeinde theilweis veräußert, ohne im rechtshaftern Besitz qu. Sachen zu sein und ohne eine Vollmacht von der Gemeinde dazu hinter sich zu haben.“

„Damit noch nicht gefügt, ließ er durch seinen Herrn Schwager, den Stadtrath Neuh hier selbst, das der Gemeinde gehörige, auf seinen Namen geschriebene Gemeindegeld — veräußern und zog die Kaufgelder ein.“

Die freireligiöse Gemeinde — so wird dann weiter in der Denkschrift erzählt — hatte keine Korporationsrechte, konnte also nicht klagbar werden; gütliche Verhandlungen mit dem Herrn Pastor blieben fruchtlos. Am Schlusse heißt es:

„Nach sei erwähnt, daß Herr C. A. Demuth am Vertagungsstage, als man sein Interesse und seine Aufrichtigkeit für die Gemeinde in Zweifel zog, begeistert seinen Gemeindegeldern zurief: „Ich würde mir eher diesen Arm (er hob ihn empor) abhauen lassen und mein Haupt auf den Block legen, als daß ich untreuer heiligen Sache untreu würde, der ich bis dato gedient.“

Trotz dieser Versicherung ist Herr C. A. Demuth zur Lutherschen Landeskirche übergetreten und hat dadurch bewiesen, daß er an diesem Tage nur mit seiner Gemeinde Komödie spielte, um schneller in den Besitz des Vermögens seiner Gemeinde zu gelangen.“

„Um dieses Komödienstück des Herrn C. A. Demuth noch mehr klar zu legen, sei ferner hier verzeichnet, daß C. A. Demuth sich einen Revers, wozu Stimmen gesammelt wurden, von Gemeindegliedern ausstellen ließ, wodurch er den Titularbesitz des Gemeindegeldes bekam.“

§ 71 des damaligen bindenden Gemeindegeldes sagt aber ausdrücklich: über Gemeindegeld kann die Gemeinde nur durch Gemeindegliedern ausstellen lassen, wodurch er den Titularbesitz des Gemeindegeldes bekam.“

Das Aktienstück schließt: „C. A. Demuth! wir unterzeichnete Gemeindeglieder klagen Dich daher hiermit öffentlich an: Deiner Gemeinde hierorts gegen Dein Geldbühn untreu geworden zu sein und Dich in den widerrechtlichen Besitz und Mißbrauch fast sämmtlichen Gemeinguts hier selbst gesetzt zu haben.“

Wir fordern hiermit öffentlich Staatsgerechtigkeit.

Frankfurt a. O., den 13. November 1871.

Die freireligiöse Gemeinde zu Frankfurt a. O., vertreten durch den unterzeichneten Vorstand und das Aktientollkollegium.

J. Kretschmer, J. Grienitz, A. Feß, C. A. Raumann, A. Schmidt, W. Schröder, Gerhard C. Sommerlade, J. Wenschner, G. Müller, B. Lamm.“

*) eigenster Ausdruck der Betreffenden.

die sozialdemokratische Partei das Uebergewicht in den Gemeindevertretungen gewonnen, so treffe die Schuld die Gegenpartei, namentlich die Ansjässigen. Redner könne die Furcht vor den Sozialdemokraten nicht theilen. Im Canton Zürich herrschte die Sozialdemokratie bis in die höchsten Spitzen der Verwaltung hinaus; Eigenthum und Leben sei da nicht in Gefahr gekommen. Man sehe also manchmal die Sache et was zu gespenstisch an. Wozu die Redaktion des Leipziger Tageblatts (Organ des Stadtraths und des Bezirksgerichts und Gespelscheckerin des Kaisers Napoleon) folgende verlogene Bemerkungen macht: „Was seiner Zeit, bei Gelegenheit des frevelhaften Ueberfalles französischer Befehlshaber auf friedlich versammelte Deutsche, über einstimmend über die Haltung der Züricher Behörden mitgetheilt wurde, widerspricht in hohem Grade der vorstehenden Behauptung.“ Die gerichtlichen Verhandlungen haben aber befanntlich erwiesen, daß die Sozialdemokraten an der Störung des deutschen Siegesfestes keinerlei theilhaftig waren.

Uebrigens ist es nicht richtig, daß im Canton Zürich die Sozialdemokratie herrsche; dagegen ist das Proletariat zu wiederholten Malen im Besitz der Staatsmacht gewesen (nach der Februarrevolution, unter der Kommune), und hat bei allen diesen Gelegenheiten seine Gegner mit einer Humanität behandelt, welche dieselben schlecht verdient hatten. Die Aeußerungen des Herrn Paniz betreffs der Sozialdemokratie begründen wir als am Zeichen, daß die blinde Furcht vor dem „rothen Gespenst“ unter einem Theil des gebildeten Bürgertums einer ruhigeren Betrachtung der Dinge Platz zu machen beginnt.

Das Märchen vom Petroleum. Aus Bremen vom 11. Januar berichtet die (halboffiziöse) „Weser Zeitung“: „Gute Vormittag wurden in Gegenwart einer Anzahl Feuerwehrensicherungsagenten, der Polizeikommissare Feuer und Müller sowie der Branddirektoren Schumann und Blümm, von Hrn. A. Korf auf seinem Fabrikabstimmung Besuche mit rothem raffiniertem Petroleum angestellt, welche den Zweck hatten, die mehr oder minder große Empfindlichkeit der genannten Stoffe für Feuer, ihr Verhalten im brennenden Zustande und im Vergleich zu anderen ähnlichen Oelen sowie schließlich in Bezug auf die größere oder geringere Schwierigkeit des dabei zu beobachtenden Lösungsverfahrens zu prüfen. Zu diesem Zwecke wurde zunächst in einer offenen eisernen Pfanne rothes amerikanisches Petroleum nach und nach bis auf eine Temperatur von 78° R. erhitzt. Es zeigte sich hierbei, daß dasselbe bei 25-30° R. anfing, Gase zu entwickeln, bei 30° R. zu locken begann und schließlich bei 78° R. entzündete. Es hatte nur wenig Schwierigkeit, die brennende Masse durch einen kräftigen Spritzenstrahl binnen einer verhältnismäßig kurzen Zeit zu dämpfen. — Raffiniertes Petroleum, in gleicher Weise behandelt, entwickelte bei 30° R. Gase, warf bei 42° R. Blasen auf und fing, bis auf 89° R. erhitzt, Feuer. Es war auch hier nicht schwer, die Flamme unter dem Einflusse des Spritzenstrahls mit verhältnismäßig geringem Zeitaufwande zu beseitigen. Bei hartnäckiger erlosch sich in dieser Beziehung das nunmehr zur Prüfung gelangende Terpentind. Dasselbe verflüchtete sich schon bei 15° R., lockte sehr bald darauf und entzündete sich, als die Temperatur kaum auf 50° R. gestiegen war. Ganz enorm war dabei die Menge der erzeugten Gase, welche in Form von dicken kohlenstoffhaltigen Dämpfen entwichen und sich an den Stichflammen des Brennmaterials mit Leichtigkeit entzündeten. Dem Spritzenstrahl setzte das brennende Terpentindol den lebhaftesten Widerstand entgegen und gelang es nur nach bemerkenswerth langer Entwicklung desselben, die Flamme zu dämpfen. — Nach diesen vorerwähnten Experimenten wurden größere Mengen der genannten Stoffe, und zwar 100 Pfd. von jedem, in einem solid gearbeiteten Faße auf einen brennenden Holzstapel gelegt und dabei folgendes Resultat erzielt: Das mit rothem amerikanischem Petroleum gefüllte Faß war dem Feuer 25 Minuten lang ausgesetzt, ehe der Boden desselben nachgab und das Del sich in Flammen ergoß. Während dieser Zeit wurde das Faß dreimal in verschiedene Richtungen umhergedreht und ohne die geringste Mühe mit Wasser abgelöscht. Eine Explosion fand dabei nicht statt. Das Del floß vielmehr ruhig und gleichmäßig aus dem durchaus durchgebrannten Faße in das darunter liegende Brennmaterial und konnte die ganze Quantität mit der flüssig bis sechsfachen Menge Wasser ohne besondere Mühe gelöscht werden. In ganz ähnlicher Weise verhielt sich das geringigte Petroleum, nur zeigte sich bei ihm abermals eine größere Intensität der Flamme und lebhaftere Verbrennung. Ungleich bedeutender aber als beim rothen sowie raffinierten Petroleum war die Brennkraft, welche das zum Schluß der Versuche angezündete Faß mit 100 Pfd. Terpentindol entwickelte. Der dabei erzeugte Qualm hing in die dicken Wolken haushoch und verjügte nicht nur weithin die Luft, sondern brannte auch mit großer Leuchtigkeit weiter. Zum Bewältigen des starken Widerstand leistenden Feuers gedöhte schon die sieben- bis achtfache Quantität Wasser. Es dürfte somit aus diesen Experimenten der Schluß gezogen werden können, daß das Petroleum, und unter diesem wieder hauptsächlich das rothe, durchaus nicht in dem Maße für das Feuer empfänglich ist, wie allgemein angenommen wird. Jedemfalls kann seine Gefährlichkeit nicht höher veranschlagt werden als die so vieler anderer Harze und Oele, welche, wie dies beispielsweise die heutigen Versuche mit dem Terpentind zeigen haben, sogar oft noch eine viel weitem größere Brennkraft haben als jener so arg verleumdete amerikanische Brennstoff.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, welche das Vorstehende abdruckt, hat es aus Furcht, unter ihren Lesern ein paar Denkfähige zu finden, welche aus der erzählten wissenschaftlichen Untersuchung einen Rückschluß auf das Pariser Petroleumsmärchen ziehen könnten, in den entlegensten Winkel ihrer geräumigen Lokalen gestellt, nämlich in die zweite Beilage (vom 18. Januar) unter die (kleingedruckte) Rubrik „Handel und Industrie“. Aber, „es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich ans Licht der Sonnen“, und so ist trotz der von der „Aufstandsbame“ gebrachten Vorsicht jene amtliche Ehrenrettung des Petroleums uns nicht entgangen. —

Im übrigen ist aus dem Neuen Reich dies zu vermelden, daß Herr Müller seine Entlassung erhalten hat, weil er sich in seinen alten Tagen beifommen ließ. — Liberale Anwendungen zu haben! Also die zweite Auflage der Entlassung Papes. Wie diesem wird ihm ein servileres und reaktionäres Werkzeug des Fürsten Bismarck folgen.

Parteigenosse Dietrich (Schandau) ist verhaftet und nach Pirna abgeführt worden.

Belgien. Unter den Arbeitern in den Kohlengruben herrscht eine große Bewegung. Der Mittelpunkt der Bewegung ist das Becken von Charleroi. Die dortigen Kohlenarbeiter leiden, wie überall, unter einer unmäßigen langen Arbeitszeit und der Lohn ist sehr niedrig.

Italien. In Genoa sind die Arbeiter in den Leigwarenfabriken im Streik, da man sie mit ihrem Begehren (fürzere Arbeitszeit und Lohnhöhung) abgewiesen hatte. Auch in Italien hat die Internationale große Fortschritte gemacht.

Dänemark. Die Internationale verbreitet sich in diesem Lande sehr rasch und alle Wochen finden in verschiedenen Städten Versammlungen statt, in welchen Agitatoren sprechen und neue Sektionen gegründet werden.

Spanien. Die Weber, welche eine zentralisirte Gewerkschaft und ein eigenes Organ haben, haben an mehreren Orten erfolgreiche Streiks gehabt und neue Sektionen gegründet. — Die Omni-

buskondukteure in Madrid, welche 16 Stunden per Tag Dienst haben, verlangen per Woche einen (bezahlten) Ruhetag. Die Omnibusgesellschaft sagte den Ruhetag zu, wollte denselben aber nicht bezahlen, worauf sämtliche Kondukteure ihre Funktionen einstellten. — Die Internationale macht in Spanien gute Fortschritte und es schließen sich zahlreiche Feldarbeiter in eigenen Sektionen an. — Die Bauarbeiter haben nun auch eine zentralisirte Gewerkschaft, deren Komitee in Barcelona seinen Sitz hat und die Gewerkschaft zählt bereits 25,000 Mitglieder.

Portugal. In Lissabon und Oporto sind die Zigarrenmacher im Streik.

London. Am Weihnachtabend fand in London ein großes Meeting der Eisenbahnarbeiter statt, an welchem beschlossen wurde, es sei bei allen Eisenbahngesellschaften auf die Festlegung des Arbeitstages von 10 Stunden und die Bezahlung der Ueberstunden zu dringen. — Ein Strike der Edinburger Mechaniker ist siegreich beendet. Vom 1. Februar an wird nur noch 54 Stunden per Woche gearbeitet. Die Neun-Stundenbewegung greift immer weiter um sich und erting immer mehr Erfolge. — Die Schreiner in Newcaste sind nun volle dreiviertel Jahr im Streik, sie wollen, wie die Ziegler und Maurer, 50 Stunden Arbeitszeit pro Woche. — Unter den Bergwerksarbeitern gewinnt die Bewegung für die gesetzliche Festlegung des Arbeitstages von 8 Stunden in den Bergwerken immer mehr Boden. Mehrere große Meetings haben zu diesem Zwecke stattgefunden. — Ueber den Gewerkschaftskongress, der jetzt in Nottingham tagt, und auf dem über eine Viertelmillion Arbeit er vertreten sind, berichten wir in nächster Nummer eingehend nach dem „Beethve“.

Zur Verurtheilung unserer Herborner Parteigenossen.

Das Vaterland ist also gerettet, die soziale Frage gelöst, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hergestellt durch 6 Wochen Unterjochungshaft und zusammen 17 Wochen Gefängnisstrafe für unsere Parteigenossen Schmidt und Schupp in Herborn. Alles um Rechtswegen und zu Ruh und frommen der Kapitalbesitzenden Bourgeois, und der geistlich-sanktionirten Ausbeutung der Arbeiter durch die Herren Unternehmer. Leider sind uns weder der Wortlaut der Anklageschrift, noch die Motive bekannt, auf welche hin das „Schuldig“ gesprochen wurde, und ein so exorbitantes Strafmaß über uns Parteigenossen verhängt werden konnte. Abgesehen von den 6 Wochen Unterjochungshaft, die zur Illustration der „Gleichheit vor dem Gesetze“, Schmidt erdulden mußte, weil er als beschloffer Arbeiter durch dasselbe Gesetz seiner Freiheit beraubt werden konnte, wo ein Reicher noch nicht einmal hätte Gaunon zu leisten brauchen, liegt noch eine ganz besonders ungerechte Härte darin, daß durch die beliebte Inhaftierung Schmidt das Recht der Berufung verklümmert wurde. Was nützt es demselben, wenn er nach weiteren 10 Gefängnis verbrachten 10 Wochen von den Richtern höherer Instanz freigesprochen wird? Er wäre jedoch die lange Zeit von der ersten Verurtheilung bis zur zweiten Instanz, möglicher Weise also gerade so lange als Strafe verhängt war, seiner Freiheit beraubt gewesen. Merkwürdig, höchst merkwürdig ist außerdem, daß über Schmidt eine höhere Strafe erkannt wurde, als selbst der Staatsanwalt beantragt hatte; und nicht minder merkwürdig ist der Umstand, daß außerdem noch einige 30 Parteigenossen zu je 5 Jahr. Strafe verurtheilt sind, weil sie dem Befehl der Versammlungsbauflöschung nicht sofort Folge geleistet haben sollen.

Uebrigens will uns bedünken, daß es hier viel weniger darum sich handelt, dem bestehenden Urtheil Achtung zu verschaffen, als vielmehr darum, durch den „weißen Schrecken“ Furcht zu verbreiten, damit die Arbeiter nach wie vor als recht geduldige Schafe von ihren „natürlichen Herren“ sich scheren, von ihren Ausbeutern das Fell über die Ohren ziehen lassen, ohne jemals den Versuch zu machen, sich ein menschenwürdigeres Dasein zu erringen. Hauptsächlich werden die Maßregelungen, von denen unsere Herborner Parteigenossen betroffen sind, dort ebenso wohl als an andern Orten die entgegengelegte Wirkung haben. Wir haben eine viel zu hohe Meinung von dem Eifer und dem erwachten Klassenbewußtsein der dortigen Parteigenossen, als daß wir auch nur einen Augenblick daran zweifeln sollten, daß trotz alledem auch nicht ein Einziger fahnenflüchtig werden wird.

Internationale Metallarbeiterchaft.

Nürnberg. Der Erwiderung des Vororts im „Volkstaat“ No. 4 entgegenend, sehen wir uns veranlaßt, zu bemerken, 1. daß der vom Vorort an den hiesigen Bevollmächtigten gerichtete Brief keine Rathsbefragung enthielt und keiner Antwort bedurfte, da, als der Brief der Mitgliedschaft vorgelegt wurde, der „Volkstaat“ nicht das Wahlaus Schreiben erhielt; übrigens war der Brief gar nicht an die Kontrollkommission gerichtet; 2. da wir mit dem Vorort in Folge dessen nicht mehr unterhandeln konnten, war es das Nächste, daß wir uns an das Parteiorgan wandten, das aber leider unsern Beschluß zu spät brachte. Leipzig und Chemnitz begannen vor uns den Reigen, Zwiespalt zu säen in uns, ohne, ohnegeigtes Streben kennen wir nicht, die Versammlung war unbeeinträchtigt von uns. Im Uebrigen wird sich der alte Ausschuss mit unserer Erklärung zufrieden geben, da unser Bevollmächtigter J. Haaz nicht Kontrollkommissionsmitglied ist, und in Folge dessen neutral den Beschluß der hiesigen Mitgliedschaft brachte. Für die Kontrollkommission M. Seifhab.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig, den 15. Januar. Unsere Mitgliedschaft ist mit den in Chemnitz gefassten Beschlüssen betreffs der Gewerkschaften vollständig einverstanden. Jedoch hatten es die hiesigen Mitglieder nicht für zweckmäßig, den Kongress der Gewerkschaften mit dem Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zugleich abzuhalten, wie dies in Chemnitz vorgeeschlagen wurde. Wir gingen von der Ansicht aus, daß es unter solchen Umständen unmöglich sei, das Material, welches sich zu diesem Kongress anhäufen wird, geügend berathen zu können; es würde die geistige Anspannung der Delegirten in den ersten Tagen derart sein, daß die letzten Beratungen nicht so gründlich, wie ihre Gegenstände es verlangen, vorgenommen werden könnten; dann würde die Zeit, welche diese Beratungen erfordern, eine zu lange für viele Delegirte sein, die dann nicht im Stande wären, bis zum Ende der Verhandlungen auszuhalten.

Es muß ins Auge gefaßt werden, daß neben dem Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Kongress sämtlicher Gewerkschaften zur Veranlassung der Gewerkschafts-Union abgehalten werden soll; jedenfalls wird auch wieder die Organisationsfrage, für den Fall, daß Polizeimaßregeln noch weiter folgen sollten, auf die Tagesordnung dieses Kongresses gestellt werden müssen. Außerdem müssen die verschiedenen Gewerkschaften, durch den Krisenpunkt veranlaßt, ihren Spezialkongress zu gleicher Zeit abhalten. Auf jedem dieser Kongresse wird sich aber ebenfalls sehr viel Material anammeln, indem voriges Jahr keiner stattgefunden hat, und den Gewerkschaften durch die einzelnen Sektionen, welche sich in den größeren Städten bilden werden, andere Entwicklungsbahnen eröffnet sind.

Diese an und für sich verschiedenen drei Kongresse würden, wie schon oben angedeutet, zu viel Zeit kosten, wollte man dieselben an einem Orte und zu gleicher Zeit abhalten.

Die hiesigen Mitglieder stellen es den übrigen Genossen anheim, sich unserm Vorschlag anzuschließen, daß der Kongress der Gewerkschaften betreffs der Union wie auch der einzelnen Gewerkschaften aus den oben angeführten Gründen in einer anderen Stadt als Mainz stattfinden. Wir erlauben uns Leipzig vorzuschlagen, um den Kongress der Gewerkschaften abzuhalten, da diese Stadt mehr im Zentrum von Deutschland liegt. J. A. v. Schrader.

Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Obgleich mehrfach aufgefordert, die Abrechnungen noch Geldern, bis spätestens den 15. d. M. an die Hauptkassa einzuliefern, sind die meisten Ortsfaktoren resp. Bevollmächtigten dem bis jetzt noch nicht nachgekommen. Ich fordere hierdurch wiederholt die Betreffenden auf, sofort ihre Schuldigkeit zu thun, und es ist Sache der Mitglieder, darauf zu sehen, daß Ordnung in Kassenwesen herrscht, denn nur dann wird es möglich, daß der Ausschuss rechtzeitig die Rechnungslegung vorzunehmen kann. Wenn der Ausschuss nicht seine Schuldigkeit thut, so ist es nicht nur ein Recht, sondern die Pflicht der Mitglieder, ihn schonungslos daran zu erinnern, ebenso verlangt aber auch der Aus-

schuss seinerseits von den Bevollmächtigten und Kassierern Pünktlichkeit in allen Sachen, vorzüglich in Kassenangelegenheiten. Weiter mache ich darauf aufmerksam, die einzelnen Rubriken der Abrechnungsformulare gewissenhaft auszufüllen, nicht (wie es vorgekommen) ohne Angabe, wo für veranschlagt; ich ersuche die Betreffenden hiermit, dies unverzüglich nachzuholen und die Ausgabenposten spezifisch sofort dem Hauptkassierer D. Lübecke, alte Jakobstr. 12, einzuliefern. Es ist durchaus die größte Sparsamkeit zu beobachten und jede irgend vermeidliche Ausgabe zu unterlassen, damit wir bald in der Hauptkassa einen tüchtigen Fond haben; so können z. B. um Porto zu sparen, kleine Posten in Briefmarken eingeschickt werden. Selbstredend darf auch Sparamkeitserlässigen der Verein nicht geschädigt werden. Die Einschreibegelder sind voll an die Hauptkassa einzuliefern, und nur, wenn kein Geld in der Ortskasse vorhanden, vorzugsweise zu Ortsausgaben zu verwenden; dies muß aber alsdann in der Rubrik „Bemerkungen“ auf den Abrechnungsformularen vermerkt werden. Ohne Jeder, was er irgend kann, um die Gewerkschaft zu vergrößern und die Geldmittel zu vermehren, dann wird der Zeitpunkt nicht fern sein, wo wir bei Festlegung unseres Arbeitslohnens ein gewichtiges Wort mitzusprechen können. Schließlich erlaube ich diejenigen, welchen ich von unserem Aufruf Exemplare zugesandt habe oder noch zuschicken werde, denselben die größtmögliche Verbreitung zu verschaffen, wozüglich auch in den ihnen zunächst gelegenen Ortschaften. Wer zu diesem Zweck noch Exemplare haben will, den bitte ich sich an mich zu wenden. Obgleich aus dem Inhalt des Aufrufs zu ersehen, daß die Jahreszahl am Schluß desselben verdruckt ist, (statt 1872 ist 1871 gesetzt) erachte ich es doch für nöthig, um Irrthum zu vermeiden, hiermit darauf hinzuweisen. Mit Freuden und Hochachtung Berlin, den 16. Jan. 1872.

A. Reimann, Geschäftsf. d. Ausschusses, alte Jakobstr. 6, Hof 3 Tr.

Zur Quittung des Chemnitzer Strifekomitees.

Vandshut, 15. Januar. Anträge: Der Unterzeichnete sandte im Auftrag einer Anzahl hiesiger Sozialdemokraten 4 fl. 30 fr. Da in der General-Quittung obige Summe nicht quittirt ist, schrieb ich an Husmann, habe aber bis heute keine Antwort erhalten! Woran liegt die Schuld? Durch Ordnung und Reellität müssen sich die Sozialdemokraten vor andern Parteien auszeichnen!

Jägerndorf. Da ich am 10. November d. J. für die streitenden Arbeiter in Chemnitz einen vom Jahvereine in Jägerndorf eingesammelten Betrag von 16 fl. unter der Adresse: „an das Central-Komitee zu Händen des Herrn Friedrich Husmann in Chemnitz“ eingekendet habe, Rezipisse in meinen Händen sich befindet, so erlaube ich mir an Herrn Friedrich Husmann die höfliche Anfrage, ob der Betrag pr. 16 fl. vom Jahvereine in Jägerndorf an ihn angelangt ist oder nicht. Im Falle der Betrag angelangt sein sollte oder nicht, so erlaube ich Herrn Friedrich Husmann mir in beiden Fällen es schriftlich oder durch den „Volkstaat“ anzuzeigen, denn ich muß mich, trotzdem ich ein Rezipisse in Händen habe, ausweisen. Ich wäre daher genöthigt, wenn der Betrag an den Adressaten nicht angelangt wäre, noch rechtzeitig die Schritte einzuleiten.

Alois Fritsch, Schriftführer des Jahvereins. Augsburg. Verichtigung. Bei Abrechnung der Gelder für den Chemnitzer Strife in No. 4 soll es heißen statt 59 fl. 20 fr. 59 fl. 30 fr.

Für Feuerbach. Vom sozial-demokratischen Verb. Verein Edin 3 Tztr 3 Gr., vom Volksverein Ronneburg 1 Tztr., von Robert Müller in Reichenbach 1 Tztr. von Rdlie in Königsberg 1 Tztr.

Für die Flüchtlinge der Kommune. Von St. Ugr. in Altgrabsta 16 Rgr.

Briefkasten. der Redaktion: L. in Mülheim: Wofür ist der Thaler? Wenn für Hamburg, warum nicht direct hingeschickt? Sie haben eine alte Briefmarke aufgeklebt, und wir deshalb 2 Gr. Porto bezahlen müssen. Bröhl Kochly: das Eingekendet eignet sich nicht für den „Volkstaat“. Die Angelegenheit ist, wenn überhaupt etwas zu machen, für den Rechtsanwalt. J. A. Reutlingen: Wenn das Postamt Ihnen vorlesen will, daß das Abonnement auf den „Volkstaat“ ein halbjährliches sei, so lassen Sie sich den Postkatalog vorlegen, um den betreffenden Beamten ab absurdum zu führen. der Expedition: St. in Bist: In wie Sie vernünftigen. Joh. Hannover f. Abon. IV. Quartal 20 Tztr. erh.; Albert Wandauf f. Abon. IV. Quartal 22 Tztr. 3 Gr. erh. v. L. in Oßlig für Schrift 5 Gr. erh. — Schbl. Rüststrassen 6 fl. erh.; Schulden nichts mehr; A. Müller Weimar f. Schrift 1 Tztr. erh.; — Fall in Köln f. Abon. IV. Quartal 12 Tztr. 14 Gr. 4 Pf. erh. — Kroger in Köln f. Schrift 5 Tztr. erh.

Der Weibgießer Antifer aus Bayern, im Herbst 1870 in Göttha arbeitend, wird freundlichst ersucht, seine Adresse an die Expedition des „Volkstaat“ gelangen zu lassen. Halle a. S. J. Henze, Gärtler.

Steinhauer gesucht auf Monumente und Grabsteine.

Ein sehr guter Steinhauegeselle, namentlich in Granit auch wünschenswerth in Sandstein, der gut nach Zeichnungen arbeiten kann, kann auf mehrere Jahre bei mir in Arbeit treten. Heide (Schleswig-Holstein).

G. F. Peterfen, Steinmetz. (2 S.)

Für Breslau.

Sozialdemokratische Arbeiter-Partei. Montag den 22. d. M. Abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Jenisch'schen Brauerei, Margaretenstraße 7 parterre. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Lage der Bergarbeiter in Europa und die jetzigen Steinkohlenpreise. 2. Politische Rundschau. Die Parteigenossen werden zu zahlreicher Theilnahme aufgefordert. Gäste sind gern gesehen. H. Dehme.

Für Rochlitz.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Alle Sonntage Nachmittags 4 Uhr Versammlung im Lokal des Herrn Hauswald, Leipzigerstraße. Der Vorsitzende Karl Friedrich Wännei, Wallgasse 47.

Für Leipzig.

Internationale Metallarbeiterchaft. Montag, 22. Januar, Abends 8 Uhr, Sitzung im Arbeiterbildungsverein, Ritterstraße. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Für Leipzig.

Im Arbeiterbildungsvereine. Sonnabend den 20. Januar: Vortrag Liebknecht: Der Fall Robespierre's

Ein Kolporteur

des „Volkstaats“ für die Umgegend von Leipzig wird gesucht. — Näheres durch die Expedition des „Volkstaats“, Hohe Straße 4

Herren- und Damenhemden, Unterbeinkleider, Frauenkleider

fertig prompt und billig und hält sich zu gelehrten Aufträgen empfohlen. Eleonore Huf, Kleidermacherin, Hohe Straße Nr. 4.

! Zur Beachtung!

Ich wohne jetzt Al. Schäferkamp 46 a. (3) 2 Hamburg — Theodor Dord.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Dehner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag von B. Thiele.